

Königlich privilegirte Stettinische Zeitung.

Die Zeitung erscheint
täglich,
Nachmittags 2 Uhr,
mit Ausnahme des Sonns
und Festtage.

Alle
resp. Do-Kämmer nehmen
Bestellung darauf an.



Pränumerations-Preis
pro Quartal
1 Thlr. Preuss. Cour.
in allen Provinzen
der Preussischen Monarchie
1 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf.

Expedition:
Krautmarkt N^o 1053.

Zum Verlage von Herrn. Gottfr. Effenbarts Erben. Verantwortlicher Redakteur: A. H. G. Effenbart.

No. 155. Dienstag, den 15. August 1848.

Berlin, vom 14. August.

Se. Majestät der König haben Allergnädigst geruht: dem General-Major von Brandt, bisherigen Commandeur der 10ten Infanterie-Brigade, die Funktionen eines Unter-Staats-Sekretärs im Kriegs-Ministerium zu übertragen; und dem seitherigen Ober-Bürgermeister der Hauptstadt Berlin, Geheimen Ober-Regierungs-Rath Krausnick, die von ihm nach-gesuchte Amts-Entlassung in Gnaden zu ertheilen.

Ihre Königl. Hoheit die Frau Prinzessin von Preussen ist von Wilhelmsthal auf Schloß Babelsberg angekommen.

Deutschland.

Berlin, 12. August. Die Kommission, welche mit der Abfassung einer Habeas-Corpus-Akte beauftragt war, hat so eben ihre Arbeit vollendet und wird der Nationalversammlung folgenden Gesetzentwurf zum Schutz der persönlichen Freiheit vorlegen: §. 1. Die persönliche Freiheit ist jedem Preußen gewährleistet. Außer dem Falle der Ergreifung auf frischer That darf eine Verhaftung nur kraft eines schriftlichen, die Anschuldigung bezeichnenden richterlichen Befehls bewirkt werden. Dieser Befehl muß entweder bei der Verhaftung, oder spätestens innerhalb 24 Stunden dem Beschuldigten zugestellt werden. Bei jeder Verhaftung ist in gleicher Frist das Erforderliche zu veranlassen, um den Verhafteten dem zuständigen Richter vorzuführen. §. 2. Ergreifung auf frischer That liegt vor, wenn der Thäter bei der Ausführung der That oder gleich nach derselben betroffen wird. Der Ergreifung auf frischer That wird gleichgestellt, wenn Jemand durch die öffentliche Stimme als Thäter bezeichnet wird oder wenn der Beschuldigte auf der Flucht oder kurz nach der That in dem Besitze von Waffen, Geräthschaften, Schriften oder andern Gegenständen betroffen wird, welche ihn als Urheber oder Theilnehmer verdächtig machen. §. 3. Diese Bestimmungen (§. 1. 2.) bleiben außer Anwendung auf Personen, welche zu ihrem eigenen Schutze, oder während sie in den Strafen die Ruhe, die Sittlichkeit oder die Sicherheit gefährden, ergriffen werden. Diese müssen aber binnen 24 Stunden entweder in Freiheit gesetzt oder dem gewöhnlichen Verfahren überwiesen werden. §. 4. Niemand darf vor einem anderen als dem im Gesetz bezeichneten Richter gestellt werden. Ausnahmegerichte und außerordentliche Kommissionen sind nie statthaft. Keine Strafe kann angedroht oder verhängt werden, als in Gemäßheit des Gesetzes. §. 5. Die Wohnung ist unverletzlich. Während der Nacht hat Niemand das Recht in dieselbe einzudringen, als in Fällen einer Lebensgefahr, einer Feuers- oder Wassernoth, oder eines aus dem Innern der Wohnung hervorgegangenen Ansehens. Bei Tage kann wider den Willen des Hausherrn Niemand eindringen, außer in Folge einer in amtlicher Eigenschaft ihm gesetzlich beigegebenen Befugniß oder eines ihm von einer gesetzlich dazu ermächtigten Behörde erteilten schriftlichen Auftrages. Haus-suchungen dürfen nur in den Fällen und nach den Formen des Gesetzes unter Mitwirkung des Richters oder der gerichtlichen Polizei, und wo diese noch nicht eingerichtet ist, bis zu deren Einrichtung, der Polizeikommissionen oder der Kommunalbehörde, wo solche aber nicht bestehen, der Polizeibehörde des Ortes geschahen. §. 6. Das aus der Nachtzeit hergeleitete Verbot besteht für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März während der Stunden von 6 Uhr Abends bis 6 Uhr Morgens, und für die Zeit vom 1. April bis 30. September während der Stunden von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens. Auf diejenigen Orte jedoch, welche als Schlafwinkel des Hazard-spiels und der Ausschweifungen, oder als gewöhnliche Zufluchtsorte von Verbrechern glaubhaft bezeichnet werden, findet dies Verbot keine Anwendung. In Betreff derjenigen Orte, in welchen während der Nachtzeit das Publikum ohne Unterschied zugelassen wird, bleibt es außer Anwendung, so lange sie dem Publikum geöffnet sind. §. 7. Im Falle eines Krieges oder Aufruhrs kann, wenn die Volksvertretung nicht versammelt ist, durch Beschluß und unter Verantwortlichkeit des Staatsministeriums die zeit-oder distriktweise Suspendirung des §. 1. provisorisch ausgesprochen werden. Die Volksvertretung ist jedoch in diesem Falle sofort zusammenzuberufen. §. 8. Es ist keine vorgängige Genehmigung der Behörden nöthig, um öffentliche Civil- und Militärbeamte wegen der durch Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnisse verübten Verletzungen vorstehender Bestimmungen gerichtlich zu belangen.

Die Feier des Gedächtnistages der Schlacht von Großbeeren scheint in diesem Jahre eine vorzugsweise umfassende werden zu wollen. Bereits sind die Einleitungen zur Herstellung eines Extrazuges der Anhaltischen Bahn am Montag, den 27. August, dem Tage der Feier, getroffen. Gewiß hat dieselbe in diesem Jahre eine größere Bedeutung als jemals, da sie zum Anknüpfungspunkt für alle diejenigen dienen kann, welche in der

ruhmwürdigen Geschichte unseres Vaterlandes, zumal in seiner Thatkraft, im Befreiungskampfe Deutschlands, ein begründetes Recht erkennen, seine Selbstständigkeit zu bewahren, ohne sich der herzlichen Vereinigung mit dem übrigen Deutschland entziehen zu wollen. Darum ist jetzt die Zeit einer echten, lebendigen Erinnerungsfeier, der sich nicht nur alle diejenigen, welche an jenem Rettungstage für Berlin mitgekämpft haben, anschließen werden, sondern auch alle, welche überhaupt thätigen Theil am Kampfe der Jahre 1813, 14 und 15 genommen haben, und alle, welche in diesem Abschnitt der vaterländischen Geschichte ein Palladium für die Größe, die Macht und den Ruhm des Vaterlandes erblickten. Der Tag von Großbeeren war ein Mitstreiter auch für die Einheit Deutschlands, denn wo wäre diese, ohne jene Kämpfe und Siege?

Die Verhandlungen gegen den Studenten Feenburg sind heute auf dem Kammergericht geschlossen worden. Das Erkenntniß wurde Nachmittags drei Uhr unter einem bedeutenden Andränge des Publikums publizirt. Gegen Feenburg hatte der Staatsanwalt eine siebenjährige Festungsstrafe beantragt, weil derselbe einer der Rädelshörer beim Attentat gegen das Zeughaus gewesen sei. Es gelang dem Defensor des Feenburg aber, den Nachweis zu führen, daß derselbe bei dem Attentat auf das Zeughaus selbst gar nicht betheilig gewesen sei, sondern daß derselbe nur in dem Glauben, daß das Militär einen plötzlichen reaktionären Handstreich beabsichtige, an einem ganz andern Orte das Volk zum Widerstand aufgeregt, welches aber späterhin, als er seinen Irrthum eingesehen, wieder beruhigt habe. Der Gerichtshof hat daher gegen Feenburg nur auf eine einjährige Festungshaft, und zwar mit Landesverweisung, aber ohne Auslieferung an Rußland, erkannt. Gegen den Maler Glade, welcher beschuldigt war, ein Attentat auf die Person des damaligen Kriegsministers versucht zu haben, ist auf sechs Monate Festungsstrafe, gegen den Schauspieler Trezial und den Rutscher Sieg, weil sie an einem Tumulte vor dem Kriegsministerium Theil genommen haben, ist auf drei Monate Gefängniß, gegen den Zimmerlehrer Stolzmann endlich auf drei Jahre Zuchthaus erkannt, weil er mit Steinen auf die Bürgerwehr geworfen hat. Die Angeklagten Glade, Sieg und Trezial wurden vorläufig in Freiheit gesetzt.

Die Ungleichheit in der Besteuerung, welche namentlich auch den Bergbau einzelner Provinzen betraf, hat schon seit länger als 17 Jahren zu zahllosen Anträgen und Petitionen bei der Regierung geführt. Die Regierung hat selbst die Ungerechtigkeit des Besteuerungsprinzips anerkannt und in Folge der von einigen Abgeordneten Schlesiens, Sachsens, Westfalens und der Rheinprovinz eingebrachten Anträge, haben die Kommissarien des Finanz- und Handelsministeriums bei den Beratungen der Kommission der National-Versammlung für Berg- und Hüttenwesen die Beseitigung der Beschwerden für nothwendig erachtet. Sie haben jedoch die Befürchtung eines entstehenden Ausfalls in der Staatseinnahme als Hinderungsgrund gegen eine sofortige Abhülfe geltend gemacht. Die Kommission hat dagegen der Ansicht Gehör gegeben, daß jene Ungleichheit ohne Verzug beseitigt werden müsse und vorgeschlagen: vom 1. September d. J. alle dem Staat gebührende Bergwerksabgaben nach gleichem Maßstabe zu erheben, dieselbe außer einer fixen Steuer von 2 Thlr. 20 Sgr. für 381 Morgen auf eine Syroct. des Reinertrages nicht übersteigende proportionelle Steuer festzustellen, und die Entrichtung der den Standesherrn oder andern Privaten gebührenden Zehnten durch den Staat übernehmen zu lassen. Wie nachtheilig das gegenwärtige Abgabensystem dem inländischen Bergbau ist, ergibt der Umstand, daß 1000 Pfund Eisen in Belgien 8 Thlr., in Siegen 15 1/2 Thlr. kosten. Die Kommission führt in ihrem Gutachten übrigens den Nachweis, daß der entstehende Ausfall nicht nur gedeckt, sondern sogar noch ein Mehrbetrag von 116,000 Thlr. erzielt werden würde. (N. 3.)

Nach einer von Herrn v. Bülow ergangenen öffentlichen Anordnung, die Auswanderung im Interesse deutschen Handels und deutscher Wohlfahrt zu befördern, haben bereits Besprechungen stattgefunden. Herr v. Bülow, welcher diesem Gegenstande schon lange eifrig seine Aufmerksamkeit und Theilnahme widmet, hegt, wie er dies in einer Versammlung ausgesprochen, die Ueberzeugung, daß die Gründung nationaler Niederlassungen in Mittel-Amerika nicht nur, wie das Bestehen der preussischen Niederlassung „Karlstadt“ in Mosquiten beweist, möglich sei, sondern, daß auch solche richtig angelegte Niederlassungen unbedingte Vortheile für den eigenen Handel und die nationale Industrie haben dürften. Es ist ein vorläufiger Ausschuss gewählt, welcher sich mit dem Gegenstande beschäftigen und den Vorschlag verfolgen soll, die geeigneten Maßregeln für die Bildung eines Vereins zur Auswanderung im Interesse des deutschen Handels und deutscher Wohlfahrt zu treffen. (Spen. 3.)

Magdeburg, 13. August. Se. Majestät der König wurden auf der gestrigen Eisenbahnfahrt von Potsdam hierher an allen Stations- und An-

Haltepunkten von der zahlreich versammelten Einwohnerschaft mit freudigem und anhaltendem Jubel empfangen. Selbst die Bewohner entfernter liegenden Ortschaften hatten sich auf den Stationen eingefunden, um dem Könige ihre Liebe und Verehrung zu bezeugen. In Magdeburg wurden Sr. Majestät auf dem Bahnhofe von den königlichen und städtischen Behörden empfangen und fuhren dann durch die mit Laubwerk, preussischen und deutschen Fahnen reich geschmückten Straßen, in welchen die Gewerke, so wie die Bürgerwehren und Krieger-Vereine von Magdeburg und den benachbarten Ortschaften Spalier bildeten, unter lautem Jubel des Volkes nach der für Allerhöchstdieselben im Gebäude des General-Kommando's am Domplatz in Bereitschaft gesetzten Wohnung. Auch hier dauerte der Jubelruf des vor der königlichen Wohnort versammelten Volkes ununterbrochen fort, bis Sr. Majestät auf dem Balkon erschienen und für diese Beweise treuer Verehrung Ihren Dank bezogen. Heute, am Sonntag, fand eine glänzende Parade vor Sr. Majestät statt, an welcher 7—8000 Mann, darunter 2500—3000 Mann Linientruppen, die übrigen Bürgerwehre, in erfreulichster Eintracht Theil nahmen. Von Allen wurde der König mit ungetheiltem Jubelruf begrüßt.

Wofen, 11. August. Gestern ist nun wirklich der erste Eisenbahnzug von hier nach Berlin abgegangen. Derselbe war so besetzt (circa 700 Personen), daß zwei Lokomotiven vorgespannt werden mußten, außerdem hatten sich zwischen 5- bis 6000 Menschen auf dem Bahnhofe eingefunden, um dem Schauspiel der Abfahrt des ersten Zuges beizuwohnen. Feierlichkeiten fanden übrigens in keiner Art statt, eben so wenig als eine Probefahrt der Behörden. (Woff. Ztg.)

Nordhausen, 8. August. Gestern und heute ist unsere Stadt wieder sehr bewegt gewesen. Absichtlich oder zufällig kam denselben Tag, wo der General-Superintendent Möller hier in Nordhausen eintraf, auch Hr. Prediger Balzer, jetzt Deputirter in Berlin, hier auf circa 8 Tage Urlaub an, und wurden von seiner Gemeinde große Feierlichkeiten veranstaltet. Einige Tage später, passirte ihm, bei einer Vergnügungs-Partie, mit einem großen Theile seiner Anhänger das Unglück, daß er sich den Arm aus der Kugel fiel. Ziemlich wieder hergestellt, reiste er am letzten Sonntag, den 6. d. M., zunächst nach Ellrich, wo sich Freie-Gemeinde-Mitglieder gebildet, um dort einen Vortrag zu halten und nachher nach der Jorze zu demselben Zweck, hatte jedoch in Ellrich hinterlassen, daß er Nachmittags nach dort zurück komme, um auch einen politischen Vortrag zu halten, woran Jedermann Theil nehmen könne. Gegen 5 Uhr Nachmittags kommt er nun von der Jorze zurück, und wird von einer Masse Jorger, welche ihn bekränzt haben, begleitet, sie ziehen in Ellrich ein, nach dem Versammlungsort, dem früheren Hoffmannschen Saal in der Hintergasse, welcher zum Erdrücken voll gewesen sein soll. Hier kam es nun zu einer schrecklichen allgemeinen Prügelei, bei welcher auch Hr. Balzer so geprügelt wird, daß er an den Haaren durch die Gassen der Hinterstraße herumgeschleift wurde, bis die Bürgerwehr Alarm schlägt, und der Bürgermeister Baumgarten und Justiz-Kommissarius Schwalbe den Hrn. Prediger Balzer mit vieler Mühe in ihre Mitte nehmen. So beschützen sie ihn bis nach dem Rathhause, aber auch dieses will man demoliren, wenn sie Balzer nicht herausgeben, welcher nicht lebendig aus Ellrich kommen solle, da er an allen jetzigen Unruhen und Spaltungen in Ellrich und Nordhausen Schuld sei. — So hat man ihn noch in der Nacht, durch Bürgerwehr beschützt, nach der Papiermühle, gefahren, und von da nach Nordhausen in einem sammervollen Zustande fortgeschafft. — Gegen Morgen rückten hier 40 Mann Jäger dieserhalb nach Ellrich aus, welche aber nur bis Cleyesingen marschirt, wo ihnen ein Bote vom Magistrat entgegen kam, daß in Ellrich alles wieder ruhig sei. Gestern ist der hiesige Kriminal-Rath, und was dazu gehört, ebenfalls dieserhalb nach Ellrich gereist, und heute noch nicht wieder von da zurück. (Woff. Z.)

Koblenz, 9. August. In der gestrigen Sitzung des hiesigen politischen Klubs wurde beschlossen, die Nationalversammlung in Frankfurt aufzufordern, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Anordnungen der Reichs-Centralgewalt, namentlich die des Reichs-Kriegsministers hinsichtlich der Reichshuldigung, ausgeführt würden, die Volksvertreter in Berlin aber aufzufordern, der Frankfurter National-Versammlung hülfsreiche Hand zu leisten und überdies den Kriegsminister v. Schreckenstein wegen Nichtbefolgung der Befehle des Reichs-Kriegsministers zur Rechenschaft zu ziehen! Die anwesenden preussischen Offiziere erklärten, in Folge dieses Beschlusses auszutreten. (Woff. Ztg.)

Stuttgart, 9. August. Das Kriegsministerium macht heute Folgendes bekannt: „In Folge eines Aufgebotes des Erzherzogs-Reichsverweigers soll eine Division des 8. deutschen Armeekorps, aus einer württembergischen und einer badiſch-bessischen Brigade bestehend, zur Verstärkung des deutschen Heeres unverzüglich nach Schleswig abmarschiren. Der König hat den General-Lieutenant von Miller Excellenz zum Kommandanten dieser Division ernannt und dem Generalmajor Grafen Wilhelm v. Württemberg den Befehl der württembergischen Brigade übertragen. Dieselbe besteht aus dem 6. und 8. Infanterie-Regimente, dem 2. Reiter-Regimente, der 3. reitenden Batterie, einer Pionier- und einer Feldjäger-Abtheilung. Ihr wird die entsprechende Munitionreserve, ein Aufnahmehospital und eine Feldbäckerei beigegeben. Diese Truppen haben bis zum 16. August ihren vollen Kriegszustand anzunehmen und von dem genannten Tage an des Marschbefehls gewärtig zu sein. Die Reservelkolonnen werden 14 Tage später ihre Marschbereitschaft erreichen. Gemäß dieser höchsten Verfügung haben alle Oberämter die Beurlaubten des 6. und 8. Infanterie-Regiments, des 2. Reiter-Regiments und der 3. reitenden Batterie, welche in ihren Bezirken sich befinden anzuweisen, in der kürzesten Zeit bei ihren Abtheilungen einzurücken. (S. M.)

Darmstadt, 9. August. Einer sichern Mittheilung zufolge hat die Regierung der Vereinigten Staaten einem einsichts-vollen Manne, der ein diplomatisches Amt bekleidet, den Auftrag gegeben, während seines Aufenthalts in Deutschland nicht allein Berichte über die genaueren Handels-Verhältnisse zwischen Deutschland und Amerika einzusenden, sondern sich wo möglich speziell über die Deutschen Auswanderungs-Angelegenheiten zu unterrichten, und zwar nicht allein über die durchschnittliche Zahl und verschiedenen Kategorien der Auswanderer, sondern auch über die gegründeten Klagen, welche die Ausgewanderten, sei es an Bord der Schiffe oder an den Landungsplätzen, oder auch im Innern der Vereinigten Staaten, etwa geführt haben, damit in Erfahrung gebracht werde, inwiefern vielleicht die Amerikanischen Gesetze den Auswanderern nachtheilig sein könnten. (Darmst. Z.)

Stiepen, 8. August. Der hiesige vaterländische (demokratisch-constitutionelle) Verein hat eine Zuschrift an den constitutionellen Club zu Berlin ergehen lassen zu rühmender und dankender Anerkennung der muthigen Haltung, womit er dem preussischen Partikularismus in der deutschen Frage entgegengetreten ist. Der Schluß derselben lautet: „Wir Alle wollen, so oft das große deutsche Vaterland ruft, stets für seine Ehre und sein wohlverstandenes Interesse mit vereinten Kräften einstehe, und der Worte Eures deutsch-gesinnten Königs eingedenk sein: mächtig ist Deutschland nur durch Preußen, Preußen nur durch Deutschland!“ (D.-P.-A.-Z.)

Wannheim, 9. August. Gestern wurde Ernst Eisenhans, Redakteur der in Heidelberg erscheinenden „Republik“, dahier verhaftet und ins Gefängniß gebracht. (Zugleich theilt das Frankf. Journ. aus Heidelberg vom 8. August mit, daß die Zeitschrift „Republik“ aufgehört zu erscheinen, weil die Cautions, welche bisher für dieselbe geleistet worden, zurückgezogen wurde.)

Frankfurt a. M., 9. August. Endlich ist das Reichsministerium nach manchen vergeblichen Versuchen, manchen Ablehnungen und mit einem dem württembergischen Hofe — der Reunion des linken Centrums — gemachten Konzession definitiv fertig. Heftiger wird die meisten Anfechtungen zu erdulden haben und ein sehr schwieriges Terrain finden, da das hiesige Ministerium des Auswärtigen nicht aus den in den Territorien vorhandenen Ministerien des Auswärtigen zusammengezogen wird und deren Thätigkeit fortsetzt, sondern sich ganz neu neben denselben organisiert und dieselben wohl neben sich fortbestehen lassen muß. Schon vor der Vollendung des Ministeriums waren aber die ersten Mitglieder desselben dem Wieder-auscheiden nahe, und zwar wegen des bekannten Erlasses des Kriegsministers. Man mag diesen Erlass und seine Folgen nehmen wie man will, das Lange und Kurze von der Sache ist, daß man in Oesterreich nicht gehuldigt hat, in Preußen nicht, und in Bayern mit Vorankündigung des Königs. Dagegen ist der deutsche Eifer in den meisten kleinen Staaten anzuerkennen, gleich aber das, was in den drei größten geschah, nicht aus. Die einheitliche Begeisterung der kleinen Staaten, die sich schlechthin submittirten, mag sich dadurch etwas dämpfen, daß man hier den Erlass nicht in der Ordnung findet. Die Minister und die Auserlesenen der deutschen Nationalversammlung erwägen deshalb, wie die Sache auf irgend eine Weise wieder ins Geleis zu bringen, wie der Fehler zu sühnen sei. Ein Rücktritt des Kriegsministers wäre das Einfachste, aber ein so zeitiger Rücktritt würde das Ministerium auf eine unangenehme Weise durchlöchern und auch den Rücktritt v. Schmerlings nach sich ziehen, der die ganze Sache mit zu der feinigsten gemacht hat. Es wird daher wohl mit einer Erklärung in der deutschen Nationalversammlung abgehen, daß die Minister ihre Entlassung verlangt, daß sie ihnen aber verweigert sei. Dieses freilich nur für den Fall, daß in der deutschen Nationalversammlung eine Interpellation vorkommen und man die Minister nicht ganz unangefochten zu lassen geneigt sein sollte. Letzteres ist das Wahrscheinlichste und, so wie die Sachen stehen, das Klügste. (D. A. Z.)

In der gestrigen und heutigen Sitzung des Gewerbekongresses beschäftigte sich derselbe mit der Gewerbeordnung und faßte folgende Beschlüsse: Innungen. Innungen werden errichtet, um alle gewerblichen Interessen im weitesten Sinne des Wortes zu wahren, Ordnung in dem Gewerbebetrieb zu gründen und zu erhalten, um unter dem Schutze des Staats durch die vereinten Kräfte der Genossen das geistige und materielle Wohl der Einzelnen zu fördern und dadurch der Massenverarmung entgegen zu wirken. Diejenigen, welche an einem Orte dasselbe Handwerk oder technische Gewerbe selbstständig betreiben, müssen zu Innungen zusammen-treten. Zur Bildung einer Innung sind mindestens 12 Meister erforderlich, in Ermangelung dieser Zahl werden die zunächst verwandten Gewerbe vereinigt, vorbehaltlich der inneren Abgrenzung des Gewerbebetriebes. Wo zur Zeit gesetzlich eine Korporation von Gewerbetreibenden besteht, geht sie in die neu zu bildende Innung über. Innungen werden in den Städten errichtet, und müssen sich die Gewerbetreibenden auf dem Lande den Innungen in den Städten anschließen. Auf dem Lande sind Innungen nur zulässig, wenn es örtliche Verhältnisse gebieten. — Vertretung, Verwaltung und Rechtspflege. Die Innungsangelegenheiten werden gewahrt und bei sämtlichen Staatsbehörden vertreten durch die Innungsvorstände, durch Gewerberäthe, durch Gewerbebeamten. Die Innungen ordnen ihre innern Gesamtinteressen selbstständig durch gesetzmäßige Beschlüsse. Jede Innung wählt aus sich einen Vorstand, der ihre Beschlüsse gemäß dem Spezialstatut vollzieht und bevollmächtigt ist, die Innung vor Gericht und sonst überall nach Außen zu vertreten. Die gewerblichen Streitigkeiten zwischen Meistern, Gesellen und Lehrlingen müssen zunächst vor den Vorstand gebracht werden. Der Gewerberath ist die freigewählte Behörde aller Innungen einer Stadt oder eines Bezirks. Die sämtlichen Gewerbe werden in so viele Kategorien getheilt, als Mitglieder des Gewerberathes gewählt werden sollen, und jede Kategorie stellt durch Urwahlen sämtlicher dazu gehörigen Meister ein Mitglied und einen Ersatzmann zum Gewerberath. Alljährlich scheidet ein Drittel der Mitglieder aus dem Gewerberath, nachdem derselbe durch eine neue Wahl ergänzt worden. Die ersten beiden Auscheidungen erfolgen durchs Loos, die spätern nach dem Dienstalter. Die Mitglieder des Gewerberathes werden vereidigt. Der Gewerberath theilt sich in ein Gewerbegericht und einen Verwaltungsausschuß. Jede Abtheilung zieht einen besoldeten Schriftführer zu. Plenarsitzungen finden nach Ermessen des Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses statt, oder wenn von einem Drittel der Mitglieder des Gewerberathes eine solche verlangt wird. Das Gewerbegericht besteht aus mindestens vier Mitgliedern und einer vom Staate beizugebenden und von demselben besoldeten richterlichen Person mit Sitz und Stimme. Das Gewerbegericht entscheidet: a) über nicht gütlich beizulegende Streitigkeitsstände; b) über die aus dem Gewerbebetriebe entspringenden Streitigkeiten und Ansprüche unter den Gewerbetreibenden. Bei appellablen Gegenständen entscheidet das kompetente Obergericht in zweiter und letzter Instanz. Sollten alle Sondergerichte aufgehoben werden und (was wünschenswerth wäre) an deren Stelle freierwählte Friedensrichter treten, so sind dieselben verpflichtet, bei Verhandlung gewerblicher Streitigkeiten vier Mitglieder des Gewerberathes mit Sitz und Stimme zuzuziehen. (Fr. Z.)

Frankfurt a. M., 10. August. (58. Sitzung der Nationalversammlung.) An der Tagesordnung ist der Bericht über die Wahl in Thüringen. Jordan aus Berlin verlangt, daß nachdem durch die Entscheidung über die Annahmefrage über das Prinzip entschieden sei, eine unnötige Diskussion unterlassen und sofort zur Tagesordnung über den Bericht gegangen werde.

Schaffrath und andere Redner erklären sich dagegen, da jedenfalls über die juristische Gültigkeit der Wahl und über die Vertretung des Wahlkreises entschieden werden müsse. — Der Antrag Jordans kommt wegen Mangel an genügender Unterstützung nicht zur Abstimmung. — Wiedenmann ergreift das Wort als Berichterstatter des Ausschusses und bezieht sich im Wesentlichen auf den Ausschussbericht. — v. Hslein stellt den Antrag, daß die Nationalversammlung die am 7. Juni in Triengen vorgenommene und auf Hecker gefallene Wahl aufrecht zu erhalten habe. Die Wahl ist formell gültig, und nur darauf hat die Prüfung der Nationalversammlung zu gehen. Noch hat kein Richter ausgesprochen, daß Hecker gegen Deutschland gefehlt hat. Worin bestände auch der Hochverrath von Hecker? Vielleicht darin, daß er in seinem Eifer für das Volk geglaubt hat, die Republik sei das Beste für das Volk? Ich bedauere, daß er die Waffen angewendet hat; wenn wir aber sein Bestreben so hoch anrechnen, wie sollen wir es nennen, was der Bundestag seit Jahren gegen die Volkstheorie gefehlt hat? — Plathner: Wer sich auf den juristischen Standpunkt stellt, hat recht, wenn er sagt, daß, weil kein Gesetz gegen Heckers That besteht, er zugelassen werden muß. Wir stehen aber nicht als Richter da, sondern auf einem höheren Boden, dem der Souveränität der Nation. Es ist eine Lücke vorhanden in den Bestimmungen des Vorparlaments. Man hat die früheren Flüchtlinge zugelassen, aber an solche, welche sich gegen die neue Ordnung auflehnen würden, konnte man damals nicht denken. Darin waren Alle einverstanden, daß einzig und allein die Nationalversammlung die Verfassung Deutschlands bestimmen sollte. Gegen diese Bestimmung hat sich vergangen, der seinen Willen aufdrängen wollte. Ob er ein Hochverräter ist, darüber wird die Geschichte und die Gerichte entscheiden. Der Hauptpunkt ist, daß er gegen jenen Beschluß sich vergangen hat. Es fragt sich, ob die Nationalversammlung Hecker aufnehmen soll, weil ihn ein deutscher Wahlkörper gewählt hat, oder ausschließen, obwohl er ihn gewählt hat. — Es entspinnt sich eine Diskussion über die Fragestellung; die Versammlung beschließt, zuerst über den Ausschusshantrag abstimmen zu wollen, dahin lautend: die Nationalversammlung wolle die am 7. Juni in dem vierten badischen Wahlbezirk (Triengen) vorgenommene und auf den Dr. Friedrich Hecker aus Mannheim gefallene Wahl eines Abgeordneten zur konstituierenden deutschen Nationalversammlung für ungültig und unwirksam erklären; demgemäß die badische Staatsregierung veranlassen, unverzüglich eine anderweitige Wahl in jenem Bezirk anzuordnen, mit 350 gegen 116 Stimmen angenommen. (D.-P.-A.-3.)

Hamburg, 11. August. Hier ist heute eine gedruckte Erklärung zur Unterzeichnung in Umlauf gesetzt, an verschiedenen öffentlichen Orten in mehreren Exemplaren ausgelegt und allenthalben mit zahlreichen Unterschriften bedeckt worden. Sie wird noch einige Tage ausgelegt bleiben, um Gelegenheit zu fernerer Unterzeichnung zu geben, und dann mit sämtlichen Unterschriften dem Senat übergeben werden. Die Erklärung lautet wie folgt: „Die Unterzeichneten haben sich vereinigt, um ihre entschiedenste Entrüstung über das von einem Theil des hiesigen Klubs schon seit längerer Zeit ungeschont betriebene gesetzwidrige Verfahren, namentlich über die in der Versammlung vom 7. d. M. in der Tonhalle gestellten, zu offener Empörung führenden Anträge und Beschlüsse öffentlich kund zu geben. Sie sind wahre und aufrichtige Freunde der Freiheit; sie wollen die ungehemmte Entwicklung einer freisinnigen Verfassung; aber nicht die Anarchie, nicht die Zerrüttung unseres Wohlstandes, nicht die Zerstörung des Vertrauens zu der Ordnung und Sicherheit unserer öffentlichen Zustände: unvermeidliche Folgen solcher Untriebe! — Die Unterzeichneten erwarten daher auch von den verfassungsmäßigen Behörden, daß sie den Urheber und Beförderer dieses frevelhaften Treibens, denjenigen Vereinen, welche die erlangte Freiheit öffentlicher Versammlung auf so schmachvolle Weise mißbrauchen, mit dem ganzen Ernst des Gesetzes entgegenzutreten werden; sie sind entschlossen, die Behörden dabei aufs Kräftigste und Treueste zu unterstützen, und fordern die Bürger und Einwohner ihrer Vaterstadt auf, diesem öffentlichen Ausdruck ihres Entschlusses beizutreten und sich dadurch um das Banner des inneren Friedens und der gesetzlichen Ordnung zu schaaren! Hamburg, den 11. August 1848.“

Altona, 10. August. Bis zum 6. d. M. Abends ist bei der Armee in Schleswig nichts Bemerkenswerthes Neues vorgefallen. Es sind verschiedene Vorsichtsmaßregeln angeordnet, um etwaigen Dänischen Offensivbewegungen kräftig entgegenzutreten zu können. In Haarbürg ist den 8. Abends mit dem Eisenbahzuge eine Abtheilung hannoverscher Cavallerie eingetroffen, um nach Schleswig-Holstein sich zu begeben. — Laut Berichten, die uns geworden, werden die königlich sächsischen Truppen eine Brigade bilden, unter dem Befehle des Generalmajors, Grafen von Holzendorff. Sie wird bestehen aus 5000 Mann Infanterie, 4 Schwadronen Kavallerie (500 Pferde) und einer Batterie. Darmstadt, welches ein Regiment Infanterie mit einer Batterie von 6 Geschützen nach Schleswig-Holstein senden wird, Baden 4000 Mann und 8 Geschütze, werden eine Brigade bilden und mit der Würtenberger Brigade unter dem Würtembergschen Divisions-Kommandanten, Oberst v. Köder, stehen. Zu Montag den 7. August sollen die Bataillone in ihren gegenwärtigen Stationen zum Abmarsch bereit stehen. Es ist leicht anzunehmen, daß Dänenarr, wenn es sieht, wie es Deutschlands Ernst ist, den Krieg in Schleswig-Holstein nachdrücklich fortzusetzen, auf Bedingungen eingehen wird, die sich mit des Reiches Ehre vertragen. Aus allen Theilen Schleswig-Holsteins laufen gegen die früheren Bedingungen die nachdrücklichsten Proteste ein. Wie wir hören hat die provisorische Regierung einer Deputation Rendsburger Bürger die Mittheilung gemacht, daß der Sitz derselben nicht nach Kiel verlegt werden soll.

Der „Weser-Zeitung“ wird über den beabsichtigten Waffenstillstand mit Dänemark Folgendes aus Frankfurt vom 8. August geschrieben: Die Mission des Generals von Below nach Wien hat gewirkt; seit der Reichsverweser hierher zurückgekehrt ist, haben unausgesetzte Verhandlungen zwischen der Centralgewalt und Preußen (Camphausen und Below) stattgefunden. Seit gestern ist es nun, dem Vernehmen nach, als eine Thatsache zu betrachten, daß der Reichsverweser Preußen ermächtigt hat, den Waffenstillstand abzuschließen, und man darf daher dem Beschluß binnen Kurzen entgegengehen, da kaum daran gezweifelt werden kann, daß Dänemark die vom englischen Gesandten gutgeheißenen Modifikationen sich gefallen lassen wird. Die hauptsächlichste ist, wenn wir nicht irren, daß, während nach den früheren Bedingungen die Bundesstruppen die Mann dort bleiben sollen, wogegen die Dänen Alsen mit 3000 Mann besetzt halten werden. Dagegen wird die Bedingung, welche

so viel Anstoß erregt hat, daß die provisorische Regierung 14 Tage nach dem Abschluß des Waffenstillstandes abtritt, bleiben Oesterreich.

Wien, Reichstag-Sitzung vom 11. August. Abgeordneter Zimmer interpellirte den Kriegsminister, ob er es veranlasste, daß die deutschen Bänder, die Sonntag (bei der Huldigungsfeier) auf die Fahnen der deutschen Regimenter aufgesteckt worden, von den Fahnen wieder abgenommen wurden, und wie dies mit der deutschen Bestimmung des Ministeriums stimmt? Der Kriegsminister erwiderte: „In einer früheren Sitzung bin ich bereits über diese Frage interpellirt worden, und da hatte ich die Ehre, Ihnen zu sagen, daß diese Frage damals im Ministerium noch nicht berathen worden sei und ich nur meine persönliche Meinung aussprechen könnte: daß es in der österreichischen Armee in allen Theilen derselben, die zum Bundes-Kontingente gehören, und, ich verbürge es, auch in jenem Theile der Armee, der nicht mehr dem österreichischen Kriegsministerium untersteht, nur ein Gefühl der Theilnahme für unsere deutschen Brüder gäbe, daß wir Deutschlands Grenzen und hierdurch die Grenzen der ganzen österreichischen Monarchie zu verteidigen stets bereit sein werden. Ich hatte damals die Ehre, Ihnen zu sagen, daß dies meine Meinung sei; daß vielleicht durch Annahme anderer Farben die Einheit der Armee gestört werden könnte, und zwar einer Armee, die aus so vielen Nationalitäten besteht. Heutzutage, wo die Frage der Nationalitäten so oft angeregt wird, könnte der Fall eintreten, daß eine solche Störung von Folgen wäre. Seither hat das Ministerium diese Frage berathen, und was ich hier vorzulesen die Ehre haben werde, ist die Meinung desselben: Die Grundlage unseres Staatsgebäudes ist die Anerkennung der gleichmäßigen Berechtigung aller Nationalitäten. Von diesem Gesichtspunkte faßte das Ministerium auch die Frage über die Annahme der deutschen Farben auf. Nach seinem Erachten hat ein solches Abzeichen bei den Truppen keinesweges einen nationalen Charakter; es soll das gemeinsame Bundeszeichen für die Truppenkörper sein, welche die deutsche Reichsarmee zu bilden haben, ohne daß dadurch eine nationale Suprematie ausgedrückt werde. Das gemeinsame Bundeszeichen wird daher von jenem Theil des österreichischen Heeres, welcher zur deutschen Bundesarmee gehört, im Bundesdienste getragen werden.“ Zimmer: Dann hat man am Sonntag große Komödie gespielt. (Bewegung unter den Abgeordneten. Zur Ordnung, zur Ordnung!) Der Kriegsminister: „Wir haben Alle unsere Achtung und Anhänglichkeit dem deutschen Reichsverweser ausgedrückt.“

Wien, 9. August. Der magyarische Demosthenes Kossuth macht mit seinen Landsleuten ganz und gar was er will, und jedes Opfer, das er von ihnen fordert, kostet ihm nichts weiter als schöne Worte. Vielleicht niemals und nirgend noch hat sich der Geist einer ganzen Nation (geringe Ausnahmen abgerechnet) so nach dem Geist eines Einzelnen gerichtet, wie es hier bei dem Manne der Fall ist, der seinen Sympathien und Prinzipien und seiner „angebeteten Freiheit“ in allen Fällen und Gelegenheiten treu bleibt. Freilich versteht er es, diese Sympathien bald elastisch zu behandeln, bald sie auf dem Ambos der Nothwendigkeit zu hämmern und die spitzigsten Prinzipien mit der Zunge zu glätten. Allein sowie er einstens als politischer Publicist und Redner die Märtyrerkrone der Freiheit trug, so trägt er auch jetzt das schwere Kreuz des Ministerportefeuille mit Geduld, Ergebung und Würde, und nur selten das graufame Verhängniß tabelnd, das ihm plötzlich einen so hohen Platz anwies. Das Opfer, das Kossuth seinem Vaterlande durch Annahme der Ministerstelle gebracht, wird unvergänglich in der Brust jedes edeln Magyaren bleiben, und deshalb ist sein hochloftendes Herz wirklich zum innersten Herzsclag der ganzen Nation geworden. Kossuth zürnt, und Alles tobt; Kossuth weint, und Alles jammert; Kossuth lachelt, und Alles jubelt. Man hasse Oesterreich! befehlt der Wundermann, und alles magyarische Blut verflocht sich in Galie; man liebe Oesterreich! heischt er, und die magyarischen Herzen zerfließen in süße Zärtlichkeit für die Brüder Schwaben. Krieg gegen die Kroaten! war der donnernde Refrain jener glänzenden Rede, bei deren Schlusse Kossuth in Ohnmacht fiel und sämtliche Deputirte in Thränen und Schlachtrufe ausbrachen. Nachdem die geforderten Millionen und Rekruten durch Kossuth's überwiegenden Genius von der Reichsversammlung bewilligt worden, so ist von dem gefunden Sinne des Ministers zu erwarten, daß er Alles aufbieten wird, die kroatische Frage in Güte abzumachen. Sobald Kossuth den Frieden will, will ihn die ganze Nation, ob auch die „verkrüppelte Minorität“ sich den Bart rauhen und gewisse Lieblingsflüche ausstoßen wird, vor welchen selbst unser Herrgott zusammenfahren muß. Indessen strömen von allen Seiten enthusiastische Freiwillige an die Grenze, aber dort steht mit blitzendem Auge und Gewehr der ruhig lauernde Seresjaner, der von Kindheit auf in Kampf und Gefahr lebt und erst dann ebenbürtig in die Reihen seiner Brüder treten darf, wenn er sich seine Waffe vom Feind erbeutet dort steht ferner der Grenzer, dessen Vater für das geliebte Kaiserhaus in der Schlacht geblieben und dessen Söhne eben in Wälschland bluten. Seresjaner und Grenzer sind nicht gewohnt, so leicht zu weichen, und die magyarische Kampflust muß sich daher gedulden bis zum Frieden, oder aber sich gegen die Kraken und Serben wenden, gegen welche eben der ganze Adel aufsteht und sich wie zu einem Dreißigjährigen Krieg equipirt. Nett eingerichtete Feldtoiletten mit Pomadepöpschen, Bartwachs und Charities sind in Pösth zu haben und gehen reisend ab; Frauen folgen ihren Männern und Töchter ihren Müttern, denn Viele dieser ritterlichen Helden haben Grundbesitz und prächtige Schlösser am Kriegshauptplatz, und nach der Schlacht ist Souper und Ball. Um was die Oesterreicher den Ungarn beneiden können, das ist deren Ministerium, denn selbst ihr Feind mußte eingestehen: dort sitzen Männer. Wollte Gott, die Wiener hätten dies stets von dem ihrigen sagen können. Gewiß sind in Ungarn so viele heterogene Elemente als irgendwo; schwerlich konnte irgend ein Ministerium unter misslichen Umständen energisch eingzugreifen bemüht sein, als das ungarische; wie fest und umsichtig weiß es im Innern des Landes zu wirken. Mit welcher Schlaubeit versteht es die kroatischen Wirren zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe und zur eignen Stärkung auszubenten! Während es sich auf die leichteste Art Kriegsmittel verschafft, läßt es all den Unzufriedenen und namentlich den höchst verdächtig ruhigen Slowaken gar keine Zeit und Besinnung zur ordentlichen Conspiration oder ernstlichen Aufständen. Vielmehr sagt es ihnen durch dringende Aufforderungen zu patriotischen Gaben, durch Aufrufe von Freiwilligen, durch unausgesetzte Werbungen, durch Zusammenfassung der Nationalgarden und immerwährende Truppenmärsche eine solche Hölleangst vor einem auswärtigen Feind ein, daß Alles um Gotteswillen nach Ruhe seufzt, wie nach dem Messias. Eine

